Knülle, Marc	Ratsmitglied
Kok, Eugenie	Ratsmitglied
Mewes, Hannelore	Ratsmitglied
Nettesheim, Andreas	Ratsmitglied
Reese, Helga	Ratsmitglied
Schmitz-Porten, Gerhard	Ratsmitglied
Waldästl, Denis	Ratsmitglied

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Günther, Christian	Ratsmitglied
Metz, Martin	Ratsmitglied
Nonnen, Alfred	Ratsmitglied
Piéla, Günter	Ratsmitglied
Piéla-Jonda, Barbara	Ratsmitglied
Schulenburg, Monika	Ratsmitglied

FDP-Fraktion

Jung, Stefanie	Ratsmitglied
Kammel, Jürgen	3. stellv. Bürgermeister
Pütz, Jörg	Ratsmitglied
Silber-Bonz, Anne-Katrin	Ratsmitglied

Fraktion AUFBRUCH!

Köhler, Wolfgang	Ratsmitglied
Schmidt, Carmen	Ratsmitglied

Fraktionslos

Austria-Zink, Günter	Ratsmitglied
----------------------	--------------

Protokollführer

Müller, Thomas

Es fehlten entschuldigt:

CDU-Fraktion

Puffe, René	Ratsmitglied
Sobkowski, Paul	Ratsmitglied

SPD-Fraktion

Borowski, Heike	Ratsmitglied
-----------------	--------------

FDP-Fraktion

Züll, Wolfgang E.	Ratsmitglied
-------------------	--------------

Vertreter der Verwaltung:

Herr Lübken	Dez. III
Herr Gleß	Dez. IV
Frau Krumm	FB 0
Herr Steinkamp	FB 1
Herr Rupp	FB 2
Frau Kusserow	FB 5
Herr Knipp	FD 6/10
Herr Schmitz	FB 7
Herr Weiser	FB 9
Frau Billig	FB 9
Herr May	BRB
Frau Stocksiefen	BRB
Frau Sielaff-Bock	GL
Herr van Grinsven	luK
Frau Gläß	RD
Herr Neß	SD
Herr Bastian	WBF

Es wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand
-----	--------	---------------------

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 24.10.2012
3. Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 04.07.2012 gefassten Beschlüsse
4. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen
- 4.1. 12/0394 Großbrand Westerwaldstraße am 03.11.2012; Zustimmung für die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Ausgabe i.H.v. 50.000 Euro für die Erstattung von Drittkosten allgemein
5. Genehmigung einer Eilentscheidung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.11.2012
- 5.1. 12/0401 Mittelbereitstellung von außerplanmäßigen Aufwendungen und Zahlungen für die Erstellung von Nachweisen der Gewässervertäglichkeit von Einleitungen mehrerer Kommunen in die untere Sieg, Lauterbach und Pleisbach
6. Bestätigung von Beschlussempfehlungen der Ausschüsse
Haupt- und Finanzausschuss vom 21.11.2012
- 6.1. 12/0363 Änderung des Stellenplanes
- 6.2. 12/0371 15. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Sankt Augustin
Kultur-, Sport- und Freizeitausschuss vom 06.11.2012
- 6.3. 12/0166 Änderung der Friedhofs- und Bestattungssatzung der Stadt Sankt Augustin
- 6.4. 12/0347 Änderung der Satzung über die Stadtbücherei -Büchereisatzung-
- 6.5. 12/0348 Änderung der Satzung über die Erhebung der Gebühren für den Besuch der Musikschule der Stadt Sankt Augustin

- 6.6. 12/0349 Änderung der Schulordnung der Musikschule der Stadt Sankt Augustin
Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung vom 13.11.2012
- 6.7. 12/0346 Festlegung der Zügigkeit der Gemeinschaftsgrundschule Sankt Augustin-Ort
- 6.8. 12/0353 Entwicklung des Schulzentrums Menden;
Raumprogramm
- 6.8.1. 12/0438 Ergänzungsantrag zum TOP 6.8 der Ratssitzung vom 19.12.2012 (DrsNr.12/0353: "Entwicklung des Schulzentrums Menden; Raumprogramm")
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Zentrumsausschuss vom 06.11.2012
- 6.9. 12/0364 Bebauungsplan Nr. 107/5 'Zentrum-Ost';
1. Bericht über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden;
2. Auslegungsbeschluss
Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss vom 20.11.2012
- 6.10. 12/0370 Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 625/1 Niederpleis Mitte Teil B zwischen der Schulstraße, der Alten Schulstraße, der Paul-Gerhardt-Straße und der südlichen Grenze des Jakob-Fußholler-Platzes;
1. Beschluss über die während der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit eingegangenen Stellungnahmen;
2. Auslegungsbeschluss
Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration vom 28.11.2012
- 6.11. 12/0259 Jahresbericht 2010 gem. § 3 des Frauenförderplanes
- 6.12. 12/0288 Jahresbericht 2011 gem. § 3 des Frauenförderplanes
Rechnungsprüfungsausschuss vom 04.12.2012
- 6.13. 12/0330/2 Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2010 sowie Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung des Bürgermeisters

7. 12/0419 Bekanntgabe von Haushaltsüberschreitungen gemäß § 83 GO NRW für den Zeitraum 01.01.2011 bis 31.12.2011, die im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten erforderlich wurden
8. 12/0420 Einbringung des Entwurfs des Jahresabschlusses zum 31.12.2011
9. 12/0423 Verabschiedung des Ortsvorstehers für den Stadtbezirk Sankt Augustin-Meindorf
10. 12/0417 Wahl des/der Ortsvorstehers/Ortsvorsteherin für den Stadtteil Sankt Augustin-Meindorf unter gleichzeitiger Ernennung zum/zur Ehrenbeamten/Ehrenbeamtin
11. 12/0413 Bekanntgabe der Dienstanweisung der Stadt Sankt Augustin über das Finanz- und Vergabewesen gem. § 31 der Verordnung über das Haushaltswesen der Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen
12. 12/0418 Stadtmarketingkonzept, städtisches Logo und Slogan
- 12.1.1. 12/0435 Antrag zu TOP 12 der Ratssitzung am 19.12.2012 "Stadtmarketingkonzept, städtisches Logo und Slogan" (Drs.-Nr. 12/0418): Weiteres Vorgehen Stadtlogo / Stadt-Slogan
Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AUFBRUCH!
13. 12/0393 Verkaufsoffene Sonntage 2013
14. 12/0141/1 Konzeption ruhender Verkehr; Bericht der Verwaltung
15. 12/0422 Erweiterung der städtischen Kita 'Am Park' und Ausbau der Großtagespflegestelle Wehrfeldstraße 3g im Rahmen des u3-Ausbauprogramms des Bundes und des Landes; Zustimmung zur Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung
16. 12/0383 Bestellung eines beratenden Mitglieds, stellvertretend, für den Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung
17. Anträge der Fraktionen
- 17.1.1. 12/0382 Minderung der Belastung der Bevölkerung durch Fluglärm vom Flughafen Köln/Bonn
Fraktion Aufbruch
- 17.1.2. 12/0425 Umbesetzung eines Ausschusses
Fraktion Aufbruch

- 17.1.3. 12/0434 Dringlichkeitsantrag gemäß § 11 Absatz 2 Geschäftsordnung: Verlängerung der S 13 muss kommen!
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
18. Anfragen und Mitteilungen
- 18.1. Anfragen
- 18.1.1. 12/0414 Nutzung des Ratsinformationssystems
SPD-Fraktion
- 18.1.2. 12/0427 Haushalt 2012/13
SPD Fraktion
- 18.1.3. 12/0428 Entwicklung der Ein- und Auspendler in Sankt Augustin
SPD Fraktion
- 18.1.4. 12/0430 Städtische Ferienmaßnahmen/Spielaktionen/Spielwagen August
SPD-Fraktion
- 18.1.5. 12/0433 Anfrage zu TOP 6.9 der Ratssitzung vom 19.12.2012 'Bebauungsplan Nr. 107/5 'Zentrum-Ost': Gesamtsicht der Planungen zur Verkehrserschließung des ehemaligen Tacke-Geländes und des Neubaus HUMA-Einkaufspark.
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 18.2. Mitteilungen

Nicht öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der nicht öffentlichen Sitzung vom 24.10.2012
3. Bericht über den Stand der Ausführung der in der nicht öffentlichen Sitzung am 04.07.2012 gefassten Beschlüsse
4. 12/0421 Kanalsanierung der Zustandsklasse 0 bis 1 in Menden und Mülldorf;
Vergabe von Ingenieurleistungen
5. Anträge der Fraktionen
6. Anfragen und Mitteilungen
 - 6.1. Anfragen
 - 6.2. Mitteilungen

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Bürgermeister mit, dass der ehemalige Ortsvorsteher für den Ortsteil Hangelar und Ehrenbürger der Stadt Sankt Augustin, Herr Franz-Josef Halm, am 17.12.2012 verstorben ist.

Im Gedenken an Herrn Halm und dessen Verdienste zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Sankt Augustin erhob sich der Rat zu einer Trauerminute.

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand	Dienststelle
-----	--------	---------------------	--------------

Öffentlicher Teil:

1		Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung	
---	--	--	--

Der Bürgermeister stellte die Beschlussfähigkeit, die rechtzeitige und formgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder fest.

Er wies auf folgende Tischvorlagen hin:

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Tagesordnungspunkt 6.8

12/0438 Entwicklung des Schulzentrums Menden;
Raumprogramm

Nachreichung zu Tagesordnungspunkt 8

12/0420 Einbringung des Entwurfs des Jahresabschlusses zum 31.12.2011

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AUFBRUCH! zu Tagesordnungspunkt 12

12/0435 Weiteres Vorgehen Stadtlogo / Stadt-Slogan

Es bestand Einvernehmen (mit 4 Enthaltungen), den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

12/0434 Verlängerung der S 13 muss kommen!

zusätzlich als Tagesordnungspunkt 17.1.3 zu behandeln.

Ferner bestand Einvernehmen, die Tagesordnungspunkte 9 und 10

12/0423 Verabschiedung des Ortsvorstehers für den Stadtbezirk Sankt Augustin-Meindorf

12/0417 Wahl des/der Ortsvorsteher/in für den Stadtteil Sankt Augustin-Meindorf unter gleichzeitiger Ernennung zum/zur Ehrenbeamten/Ehrenbeamtin

im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 3 zu behandeln.

Protokollnotiz:

Die Protokollierung erfolgt entsprechend der ursprünglichen Reihenfolge.

2		Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 24.10.2012	BRB
----------	--	---	------------

Der Bürgermeister wies auf eine erforderliche Betragskorrektur bei Tagesordnungspunkt 6 (Seite 23) hin, die den Fraktionen bereits mit Schreiben vom 13.11.2012 mitgeteilt wurde. Die Ausgleichsrücklage reduziere sich zum Stichtag 31.12.2009 auf 13.277.614,79 €

Auf Seite 24, 1. Absatz (Tagesordnungspunkt 6) korrigierte der Bürgermeister folgenden Satz:

„Rückstellungen müssten gebildet werden, da die Gemeindeprüfungsanstalt die Auffassung vertritt, es bestehe keine Bewertungseinheit zwischen Grundgeschäft und dem Swap-Geschäft, die anderenfalls nicht mehr hergestellt werden könne.“

Schließlich wies der Bürgermeister auf eine vorliegende Einwendung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hin, wonach bei Tagesordnungspunkt 15.1.6 (Seite 37) das Abstimmungsverhalten der Fraktion nicht ausgewiesen sei. Nach nochmaliger Bandkontrolle habe sich ergeben, dass eine Erklärung der Fraktion zum Abstimmungsverhalten nicht aufgezeichnet ist.

Der Rat nahm die Niederschrift im Übrigen zur Kenntnis.

3		Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 04.07.2012 gefassten Beschlüsse	
----------	--	---	--

Der Rat nahm den Bericht zur Kenntnis.

4		Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen	
----------	--	---	--

4.1	12/0394	Großbrand Westerwaldstraße am 03.11.2012; Zustimmung für die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Ausgabe i.H.v. 50.000 Euro für die Erstattung von Drittkosten allgemein	FB 1 Bericht bis 20.03.2013
------------	----------------	---	--

Der Rat genehmigte die nachfolgende Dringlichkeitsentscheidung.

„Im Wege der Dringlichkeit wird gemäß § 60 GO NRW entschieden, dass bei dem Kostenträger 02-05-01 (Brandschutz), Kostenstelle 10040 (Brand-/Bevölkerungsschutz),

Sachkonto 523200 (Erstattungen an Kreis und andere Kommunen) eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 50.000,00 € für die Erstattung von Drittkosten allgemein bereitgestellt wird.

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei dem Kostenträger 01-13-01 (An- und Verkauf von Grundstücken), Kostenstelle 60012 (Liegenschaften), Sachkonto 446190 (übrige privatrechtliche Leistungsentgelte).“

einstimmig

5		Genehmigung einer Eilentscheidung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.11.2012	
5.1	12/0401	Mittelbereitstellung von außerplanmäßigen Aufwendungen und Zahlungen für die Erstellung von Nachweisen der Gewässerverträglichkeit von Einleitungen mehrerer Kommunen in die untere Sieg, Lauterbach und Pleisbach	FB 7 Bericht bis 20.03.2013

Der Rat genehmigte den nachfolgenden Eilbeschluss:

„Im Wege des Eilbeschlusses gem. § 60 Abs. 1 GO NRW entscheidet der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Sankt Augustin beim Produkt 13-03-01, Kostenstelle 70020, Sachkonto 529140, Mittel in Höhe von 75.000 € außerplanmäßig bereitzustellen. Gleichzeitig werden im Finanzplan bei der v.g. Haushaltsposition auf dem Sachkonto 729140 Mittel zur Auszahlung bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge bei Produkt 01-13-01, Kostenstelle 60012, Sachkonto 446190.“

einstimmig

6		Bestätigung von Beschlussempfehlungen der Ausschüsse	
Haupt- und Finanzausschuss vom 21.11.2012			
6.1	12/0363	Änderung des Stellenplanes	FB 0 Bericht bis 20.03.2013

Der Rat der Stadt Sankt Augustin ändert den Stellenplan 2012 wie folgt:

1. Umwandlung einer Stelle

Fachbereich Finanzen, 02.10 Kämmerei und Steuerverwaltung

Arbeitsplatz-nummer.	Bezeichnung	derzeitige Stellenplan-ausweisung	künftige Stellenplan-ausweisung
02.10/4	Sachbearbeiter/in	EG 9	A 10

2. Einrichtung von 2 Springerstellen

Fachbereich Kinder Jugend und Schule, 05.40 Tagesbetreuung von Kindern

Arbeitsplatz-nummer.	Bezeichnung	Stellenplanausweisung	Produkt
05.43/19	Erzieher/in (Springerstelle)	S 6 (30 Stunden)	06-01-01
05.47/18	Erzieher/in (Springerstelle)	S 6 (30 Stunden)	06-01-01

3. Wegfall von 2 k.w. Vermerken für die Real- und Hauptschule Menden

Fachbereich Kinder Jugend und Schule, 05.30 Schulverwaltung/Verwaltung der Jugendhilfe

Arbeitsplatz-nummer.	Bezeichnung	derzeitige Stellenplan-ausweisung	künftige Stellenplan-ausweisung
05.30/11	Schulsekretärin Realschule Menden	EG 5 k.w. (künftig wegfallend)	EG 5
05.30/42	Schulsekretärin Hauptschule Menden	EG 5 k.w. (künftig wegfallend)	EG 5

4. Einrichtung eines k.w. Vermerks für die Grundschule Niederpleis

Fachbereich Kinder Jugend und Schule, 05.30 Schulverwaltung/Verwaltung der Jugendhilfe

Arbeitsplatz-nummer.	Bezeichnung	derzeitige Stellenplan-ausweisung	künftige Stellenplan-ausweisung
05.30/21	Hausmeister/in Grundschule Niederpleis	EG 3	EG 3 k.w. (künftig wegfallend)

einstimmig

6.2	12/0371	15. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Sankt Augustin	BRB Bericht bis 20.03.2013
------------	----------------	---	-----------------------------------

„Aufgrund des § 7 Abs. 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NW 1994 S. 666) in der bei Erlass dieser Satzung gültigen Fassung, hat der Rat der Stadt Sankt Augustin in

seiner Sitzung am 19.12.2012 folgende Satzung beschlossen:

15. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Sankt Augustin

Artikel I

§ 8 – Rats- und Ausschussmitglieder

Absatz 3 erhält folgende Fassung:

Die Anzahl der Fraktionssitzungen im Sinne des § 45 Abs. 6 GO NRW, für die pro Jahr ein Sitzungsgeld zu zahlen ist, wird auf 24 Sitzungen jährlich beschränkt.

Absatz 4 wird ersatzlos gestrichen.

Absatz 5 wird ersatzlos gestrichen.

Absatz 6 wird zu Absatz 4.

§ 9 – Ersatz des Verdienstauffalls

erhält folgende Fassung:

Absatz 1:

Der Ersatz des Verdienstauffalls richtet sich nach § 45 GO NRW und den nachfolgenden Bestimmungen.

Absatz 2:

Der Verdienstauffall wird für jede Stunde der versäumten Arbeitszeit berechnet, wobei die letzte angefangene Stunde voll zu rechnen ist.

Der Regelstundensatz wird auf 5,50 € festgesetzt. In keinem Fall darf der Verdienstauffallersatz den Betrag von 16,00 € je Stunde überschreiten.

Absatz 3:

Kinderbetreuungskosten werden nicht erstattet bei Kindern, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, es sei denn, besondere Umstände des Einzelfalls werden glaubhaft nachgewiesen.

§ 16 – Teilnahme an Sitzungen des Rates und der Ausschüsse

wird ersatzlos gestrichen. Die §§ 17 ff. werden zu § 16 ff..

Artikel II – Inkrafttreten

Die Änderung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.“

einstimmig

Kultur-, Sport- und Freizeitausschuss vom 06.11.2012

6.3	12/0166	Änderung der Friedhofs- und Bestattungssatzung der Stadt Sankt Augustin	FB 1 Bericht bis 20.03.2013
------------	----------------	--	--

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärte Herr Metz, seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen. Unter den bisherigen Kautelen und Einschränkungen durch die Haushaltslage werde eine Umsetzung zum jetzigen Zeitpunkt als nicht richtig erachtet.

Als Vorsitzende des Kultur-, Sport- und Freizeitausschusses bedankte sich Frau Silber-Bonz für die konstruktive Zusammenarbeit im Fachausschuss. Die Entwicklung der Grabpatenschaften müsse beobachtet und an der Wirklichkeit gemessen werden.

Für die SPD-Fraktion erklärte Frau Reese, es liege ein Ergebnis vor, mit dem gestartet werden könne und mit dem keine Kosten entstünden.

Der Rat fasste folgenden Beschluss.

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt in der Friedhofs- und Bestattungssatzung der Stadt Sankt Augustin die Einführung des § 33a in der nachstehenden Fassung. Die Satzungsänderung tritt mit Wirkung zum 01.01.2013 in Kraft.

Friedhofs- und Bestattungssatzung der Stadt Sankt Augustin

§ 33 a Grabpatenschaften

- (1) Unbelegte Wahlgrabstätten und Urnenwahlgrabstätten oder solche Wahlgrabstätten und Urnenwahlgrabstätten, an denen das Nutzungsrecht beendet ist, können zur Pflege und Instandhaltung an interessierte Personen, die zuvor weder Nutzungsberechtigte noch Angehörige im Sinne des § 8 BestG NRW an dieser Grabstätte waren (Grabpaten), übertragen werden (Grabpatenschaft).
Zweck der Grabpatenschaften ist ein positives Erscheinungsbild der städtischen Friedhöfe.
Die Grabpatenschaft zwischen der Stadt Sankt Augustin und dem Grabpaten entsteht durch Unterzeichnung einer schriftlichen Vereinbarung.
Durch die Begründung einer Grabpatenschaft entsteht für den Grabpaten kein Anspruch auf eine etwaige spätere Nutzung dieser Grabstätte.
- (2) Der Grabpate ist verpflichtet, die seiner Grabpatenschaft unterliegende Grabstätte gärtnerisch zu gestalten. Dabei gelten die in Abschnitt V und VII dieser Satzung getroffenen Regelungen zur Errichtung und Unterhaltung von Grabstätten.

Grabmale und Grababdeckungen, die Hinweise auf die Identität des Verstorbenen geben, werden durch die Friedhofsverwaltung entfernt. Vorhandene Grabeinfassungen dürfen bestehen bleiben.

Die Errichtung von baulichen Anlagen, wie in Abschnitt VI dieser Satzung beschrieben, ist nicht zulässig. Eine Ausnahme gilt für Grabeinfassungen gemäß § 27. Die Veränderung von bestehenden Grabeinfassungen und Grabeindeckungen bedarf der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung gemäß § 30.

- (3) Die Grabpatenschaft ist gebührenfrei.
- (4) Die Grabpatenschaft endet, wenn
- der Grabpate die Grabpatenschaft spätestens am dritten Werktag eines Kalendermonats zum Ablauf des übernächsten Monats schriftlich kündigt,
 - der Grabpate verstirbt,
 - der Friedhof geschlossen oder entwidmet wird,
 - der Grabpate die ihm obliegenden Verpflichtungen gemäß § 33 a Absatz 2 nicht erfüllt und die Stadt die Beendigung dem Grabpaten gegenüber schriftlich erklärt,
 - das Nutzungsrecht an der Grabstätte an den Grabpaten oder einen Dritten übertragen wird.“

Jastimmen 40
Neinstimmen 6

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat mit „nein“ gestimmt.

6.4	12/0347	Änderung der Satzung über die Stadtbücherei - Büchereisatzung-	FB 3 Bericht bis 20.03.2013
------------	----------------	---	--

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt die Änderung der §§ 4, 6, 11 und 12 der Satzung über die Stadtbücherei Sankt Augustin – Büchereisatzung – in der nachstehenden Fassung.

Satzung der Stadt Sankt Augustin über die Stadtbücherei - Büchereisatzung
(Änderungen sind markiert)

§ 4 Ausleihe

...

Die Leihfrist beträgt für	
Bücher, Hörbücher	4 Wochen
Hörkassetten, Sach-Videos,	entfällt
Sach-DVDs	4 Wochen
Spiele	4 Wochen
Musik-CDs	2 Wochen
Software	2 Wochen
Zeitschriften	2 Wochen
DVDs	1 Woche
Videos	entfällt

§ 6 Behandlung der ausgeliehenen Medien, Haftung

...

Video-Kassetten müssen bei der Abgabe zurückgespult sein, anderenfalls ist hierfür eine Gebühr zu entrichten. entfällt

...

§ 11 Gebühren

Für alle Familienmitglieder eines Haushalts ist nur einmal die Jahresgebühr zu entrichten.

Berufsschüler, Auszubildende, Studenten, Freiwilligendienstleistende, Schwerbehinderte ab 50 % Behinderung und Neubürger innerhalb eines Jahres nach Zuzug nach Sankt Augustin erhalten auf die Jahresgebühr einen Nachlass in Höhe von 50 %, Gebührenfreiheit besteht für Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben sowie für Schüler der allgemeinbildenden Schulen, Inhaber des „Sankt Augustin Ausweises“, der JuLeiCard und der Ehrenamtskarte NRW.

Eine Gebührenermäßigung oder -befreiung kann nur gegen Nachweis der vorgenannten Voraussetzungen gewährt werden.

1. Entleihgebühren

für 12 Monate ab Gebührenentrichtung 22,00 Euro, (20,00 Euro bisher)

für 6 Monate ab Gebührenentrichtung 12,00 Euro, (neue Gebühr)

oder pro Medieneinheit 1,00 Euro,

Komfortkarte (Jahresgebühr und unbegrenzte

Vormerkungen innerhalb eines Jahres) 30,00 Euro. (neue Gebühr)

Eine Umstellung des Benutzerausweises ist jederzeit gegen eine Gebühr von 8,00 Euro möglich, wobei die Laufzeit sich nach dem Ablaufdatum der Jahresgebühr richtet. Es können nur Ausweise mit dem Jahresbeitrag von 22,00 Euro umgestellt werden.

2. Säumnisgebühren

bei Überschreitung der Leihfrist:

in der 1. Woche pro Medieneinheit 1,00 Euro

in der 2. Woche pro Medieneinheit 2,00 Euro

in der 3. Woche pro Medieneinheit 3,00 Euro

zzgl. 1,00 Euro pauschale Bearbeitungsgebühr pro Mahnfall

3. Ersatzausweis

bei Verlust oder Beschädigung

Erwachsene 5,00 Euro (3,00 Euro bisher)

Kinder und Jugendliche 3,00 Euro (2,00 Euro bisher)

4. Vormerkung

pro Medieneinheit 1,00 Euro

5. Leihverkehr

Vermittlungsgebühr pro Medium **3,00 Euro** (1,50 Euro + 1,50 Euro bisher)
(inkl. Pauschalen für Porto, Verpackung und Kosten der Online-Bestellung)

zzgl. Portopauschale für Porto und Verpackung
bzw. entstehende Kosten der Online-Bestellung **1,50 Euro** **entfällt**

6. Rückspulgebühr
für Video-Kassetten **0,50 Euro** **entfällt**

6. Internetnutzung
Gebühr für Nutzer,
die keine Jahresgebühr entrichtet haben **2,00 Euro**
je angefangene Stunde der Internetnutzung
S/W - Ausdruck pro Seite **0,10 Euro**

§ 12 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. Januar **2013** in Kraft. Gleichzeitig tritt die derzeit geltende Büchereisatzung in der Fassung vom **01.01.2010** außer Kraft.“

einstimmig

6.5	12/0348	Änderung der Satzung über die Erhebung der Gebühren für den Besuch der Musikschule der Stadt Sankt Augustin	FB 3 Bericht bis 20.03.2013
------------	----------------	--	--

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt die Änderung der §§ 5 und 8 der Satzung über die Erhebung der Gebühren für den Besuch der Musikschule in der Neufassung entsprechend der als Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Übersicht. Die Änderung tritt mit Wirkung zum 01.01.2013 in Kraft.“

einstimmig

6.6	12/0349	Änderung der Schulordnung der Musikschule der Stadt Sankt Augustin	FB 3 Bericht bis 20.03.2013
------------	----------------	---	--

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt die Änderung der Paragraphen 3, 4, 6-10 und 14-17 der Schulordnung der Musikschule in der Neufassung entsprechend der als Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Übersicht. Die Änderung tritt mit Wirkung zum 01.01.2013 in Kraft.“

einstimmig

**Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung vom
13.11.2012**

6.7	12/0346	Festlegung der Zügigkeit der Gemeinschafts- grundschule Sankt Augustin-Ort	FB 5 Bericht bis 20.03.2013
------------	----------------	---	--

„Gem. § 46 Abs. 3 Schulgesetz NRW (SchulG) wird für die Gemeinschaftsgrundschule Sankt Augustin-Ort die maximale Aufnahmekapazität ab dem Schuljahr 2013/2014 mit Wirkung vom 01.08.2013 wie folgt festgelegt:

drei Züge“

einstimmig

6.8	12/0353	Entwicklung des Schulzentrums Menden; Raumprogramm	FB 5 Bericht bis 20.03.2013
------------	----------------	---	--

Zunächst beriet der Rat den unter Tagesordnungspunkt 6.8.1 aufgeführten Antrag. Hier-
nach fasste er folgenden Beschluss.

Der Rat der Stadt Sankt Augustin nimmt die Ergebnisse des Prüfauftrags an die Verwal-
tung aus der 11. Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Weiterbildung vom
13.11.2012 zur Kenntnis und stimmt der Umsetzung des Raumprogramms zu, das der
städtebaulichen Variante 2 zu Grunde liegt.

einstimmig

6.8.1	12/0438	Ergänzungsantrag zum TOP 6.8 der Ratssitzung vom 19.12.2012 (DrsNr.12/0353: "Entwicklung des Schulzentrums Menden; Raumprogramm" Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN	FB 5, FB 2, FB 9
--------------	----------------	--	-----------------------------

Herr Knülle stellte für die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den An-
trag vor.

Für die CDU-Fraktion sprach sich Herr Schell vor dem Hintergrund der kritischen Haus-
haltslage gegen den Antrag aus. Der Rahmenerlass für Kommunen im Nothaushalt sei
seitens der Landesregierung gestrichen worden. Dies habe gravierende Auswirkungen,
wenn die Stadt Sankt Augustin in der Zukunft wieder in einen Nothaushalt kommen wür-
de. Wenn sich das Zinsniveau für Kredite nur um 1 % erhöhe führe dies zu jährlichen
Mehrbelastungen von ca. 700.000 €. Die Gesamtschule und die Fachverwaltung seien
sich einig, dass die vorgesehenen Maßnahmen für den Schulbetrieb ausreichen. Über
weitere Wünsche der Gesamtschule und auch der übrigen Schulen könne nachgedacht
werden, wenn hierfür Finanzmittel zur Verfügung stehen. Im Rahmen der Inklusion seien
in den nächsten Jahren ohnehin noch erhebliche Ausgaben zu befürchten.

Herr Knülle hielt entgegen, die im Antrag aufgeführten Maßnahmen stünden unter einem Finanzierungsvorbehalt. Im Haushalt eingestellte Investitionsmaßnahmen könnten teilweise nicht umgesetzt werden, so dass diese Mittel hierfür eingesetzt werden können. Eine Verschlechterung der Haushaltslage solle nicht herbeigeführt werden. Die Gesamtschule stehe noch am Anfang und müsse unterstützt werden. Die Umsetzung von Inklusionsmaßnahmen zu einem späteren Zeitpunkt sei unwirtschaftlich.

Herr Metz erläuterte, dass mit den bereits vorgesehenen Maßnahmen der im Haushalt dargestellte Rahmen überschritten werde. Sanierungen, wie sie am Rhein-Sieg-Gymnasium durchgeführt werden, dürften nicht zu Lasten der anderen Schulen gehen. Durch eine verbesserte Haushaltslage könnten im Wege eines Nachtragshaushalts und nicht verausgabter Investitionsmittel die im Antrag genannten Punkte umgesetzt werden. Die Verwaltung benötige jetzt Gewissheit für die weitere Planung an der Gesamtschule. Es sei wirtschaftlicher solche Maßnahmen bereits zu Beginn einzuplanen, als diese erst zu einem späteren Zeitpunkt einzuschieben.

Herr Köhler schilderte seinen Eindruck, die Gesamtschule könne nur Erfolg haben, wenn die schultypischen Konzepte umgesetzt werden. Dazu verwies er auf die vorliegenden Kataloge und Konzepte, die ein Maximum darstellen. Dies könne wegen der Haushaltslage nicht gestemmt werden. Ein unter dem vorgegebenen Finanzrahmen mögliches Optimum müsse jedoch erzielt werden. Was jetzt nicht auf den Weg gebracht werde, werde auch künftig an der Gesamtschule nicht realisiert. Seine Fraktion AUFBRUCH! trete dem Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei.

Frau Bergmann-Gries vertrat die Auffassung, die Landesregierung setze sich für die finanziellen Belange der Kommunen ein. Die Bundesregierung habe nichts für die Verbesserung der kommunalen Finanzlage getan. Im Übrigen schloss sie sich den Ausführungen von Herrn Köhler an. Eine Konkurrenzposition der Gesamtschule zu den anderen Schulen solle nicht hochgespielt werden.

Auf ihre Nachfrage teilte Herr Lübken mit, die Aktion Mensch fördere keine Investitionsvorhaben öffentlicher Träger. Die Verwaltung sei weiter auf der Suche nach möglichen Geldgebern. Die Erfolgsaussichten schätzte er als gering ein.

Herr Piéla rief die in Sankt Augustin durchgeführte Bildungskonferenz des Rhein-Sieg-Kreises in Erinnerung. Zum Thema Inklusion seien hier die Rahmenbedingungen, insbesondere die räumlichen Ressourcen, genannt worden. Dies könne nicht zum Nulltarif umgesetzt werden. Daher müsse in diesem Bereich investiert werden. Dies gelte langfristig auch für die übrigen Schulen.

Herr Schmitz-Porten hob hervor, dass die in dem Antrag genannten Maßnahmen unter einem Finanzierungsvorbehalt stehen. Es handele sich vielmehr um ein politisches Signal.

Für die FDP-Fraktion erklärte Frau Jung, es läge noch keine Aussage des Kämmers zu einer möglichen Finanzierbarkeit vor. Sie äußerte ihr Unverständnis, einen solchen Antrag wenige Stunden vor der Sitzung zu formulieren. Alle Schulen müssen gleichermaßen berücksichtigt werden.

Herr Grzeszkowiak kritisierte, die Verwaltung mit der Unterbreitung von Einsparungsvorschlägen zu beauftragen. Bereits bei der Aufstellung des Haushalts 2012/2013 sei dies bis zur Schmerzgrenze erfolgt. Hierzu müsse seitens der Antrag stellenden Fraktionen ein Vorschlag erfolgen. Er halte es für ein nicht vertretbares Risiko, den investiven Haushaltsbereich so weit auszureizen.

Das Rhein-Sieg-Gymnasium habe über Jahre die eigenen Investitionsforderungen zu Gunsten anderer Schulen zurück gestellt. Arbeitsfähigkeit, Differenzierung und Inklusion seien nach Aussage der Leitung der Gesamtschule mit den vorgesehenen Maßnahmen möglich.

Herr Waldästl führte aus, nach Aussage der Verwaltung sei auf Grund der neuen Eckdaten des Gemeindefinanzierungsgesetzes im Jahr 2013 eine Verbesserung der Haushaltslage in Höhe von 1,6 Mio. € zu erwarten. Dem stehe eine Personalausgabenerhöhung von 808.500 € gegenüber. Zudem sei nach Aussage Verwaltung von einer Erhöhung der Gewerbesteuererinnahmen auszugehen. Die Mehreinnahmen könnten für die beantragten Maßnahmen verwendet werden.

Herr Schell erläuterte, es sei zwischen investiven und konsumtiven Maßnahmen zu unterscheiden. Die von Herrn Waldästl geschilderte Verbesserung bezöge sich auf den konsumtiven Bereich und könnten nicht herangezogen werden, da die beantragten Maßnahmen investiv seien.

Der Bürgermeister ließ über den Antrag abstimmen.

Jastimmen 21

Neinstimmen 25 – damit ist der Antrag abgelehnt

Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AUFBRUCH! haben mit „ja“ gestimmt.

Herr Knülle gab eine Erklärung zu seinem und dem Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion ab:

„Die SPD-Fraktion und er persönlich haben für diesen Antrag gestimmt. In keiner Weise solle hiermit ein Schaden für die Stadt herbeigeführt werden. Dies weise er für sich, seine Fraktion und alle, die diesen Antrag mit unterstützt haben, zurück.“

Zentrumsausschuss vom 06.11.2012

6.9	12/0364	Bebauungsplan Nr. 107/5 'Zentrum-Ost'; 1. Bericht über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden; 2. Auslegungsbeschluss	FD 6/10 Bericht bis 20.03.2013
------------	----------------	---	---

„Der Bürgermeister wies auf die zu diesem Tagesordnungspunkt verteilte Tischvorlage sowie die Beantwortung der Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksachen-Nr. 12/0433, hin.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN führte Herr Metz aus, es müsse alles für eine Umsetzung des geplanten Projekts getan werden. Die Zustimmung des Landesbetriebs Straßen zur Zufahrtsregelung sei jedoch ohne Verknüpfung mit der anstehenden Planung zum HUMA-Neubau erteilt worden. Es sei mit einer deutlich erhöhten Verkehrsbelastung an der Zufahrt zum ehemaligen Tacke-Gelände zu rechnen. Die Koordination mit der Planung zum HUMA-Neubau solle nun erst im anstehenden Verfahren erfolgen. Ferner könnten die Regemaße für die Fuß- und Radwege nicht in allen Bereichen des Vorhabens eingehalten werden. Wegen dieser Unklarheiten erkenne er wegen des beschleunigten Verfahrens einen Zeitdruck; seine Fraktion werde sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Er prognostizierte, dass auch nach Abschluss des Verfahrens der Fuß- und Radweg nicht ausreichend dimensioniert sei.

Herr Köhler teilte für die Fraktion AUFBRUCH! mit, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen. Es seien viele Jahre vergangen, um für diesen Bereich eine realisierbare Planung zu erhalten. In dem nun anstehenden beschleunigten Verfahren könnten Veränderungen noch vorgenommen werden.

Auch die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag folgen. Frau Feld-Wielpütz erklärte, die neu vorgelegten Pläne stellten eine Verbesserung dar. Sie verwies auf die Präsentation zur Planung im Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration am 28.11.2012. In dem Baukörper und davor sei nun auch eine Grünfläche vorgesehen. Auch die Anordnung von Stellplätzen außerhalb des Baufensters werde positiv gesehen. Mit den seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufgeworfenen Fragestellungen habe sich der Zentrumsausschuss von Beginn an intensiv beschäftigt. Das Verfahren solle nun beschrritten werden. Die eingehenden Gutachten und Stellungnahmen müssten dann intensiv erörtert werden. Herr Schell ergänzte, dass die heutige Zustimmung keine endgültige Zustimmung zu dem Projekt darstelle. Die seitens der CDU-Fraktion im Fachausschuss aufgestellten Kautelen müssten eingehalten werden.

Herr Schmitz-Porten vertrat die Auffassung, die CDU-Fraktion werde dem Vorhaben auf jedem Fall zustimmen, auch wenn im weiteren Verfahren problematische Punkte nicht geklärt werden könnten. Es folge nun eine Bürgerversammlung, die er in dem Verfahren als wichtig erachte. Ein abschließendes Urteil – insbesondere im Hinblick auf die verkehrliche Situation – könne daher noch nicht gefällt werden. Im Übrigen schloss er sich den Ausführungen von Herrn Metz an.

Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen; er erhoffe sich, dass in dem Verfahren noch zufriedenstellende Lösungen gefunden werden. Anderenfalls werde seine Fraktion im späteren Verfahrenverlauf das Vorhaben ablehnen.

Für die FDP-Fraktion erklärte Frau Jung ebenfalls Zustimmung zu dem Beschlussvorschlag. Ein Kompromiss könne eher hingenommen werden, als das die Ruine des Tacke-Gebäudes an dieser Stelle bestehen bleibe. Die Entscheidung zu diesem Vorhaben sollte nicht mit dem HUMA-Neubau verknüpft werden.

Herr Piéla kritisierte die Sitzungsvorlage, da der beigefügte Plan nicht lesbar sei. Er habe festgestellt, die Neuplanung des linken Baukörpers weise eine Vergrößerung von ca. 41 m auf ca. 57 m in der Ost-West-Richtung aus. Er bat hierzu um Klarstellung. Herr Gleß erläuterte hierzu, der Baukörper für das Seniorenheim solle geändert werden. Zunächst sei ein rechteckiges Gebäude mit einer geschlossenen Front zur Straßenseite vorgesehen gewesen.

In der Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration am 28.11.2012 habe der Investor eine veränderte Planung mit der von Frau Feld-Wielpütz angesprochenen Verbesserung vorgestellt. Es sei nun ein u-förmiger Baukörper mit Öffnung zur B 56 vorgesehen. Unmittelbar nach dieser Sitzung wurde der Investor gebeten, den aktuellen Planungsstand vorzulegen; dies sei in der 50. Kalenderwoche erfolgt. Hieraus resultierte die kurzfristige Vorlage der Verwaltung. Die Änderungen werden für städtebaulich vertretbar gehalten und entsprechen auch dem Masterplan Urbane Mitte.

Herr Knülle bemängelte die nicht erfolgte Beratung zu der Umplanung im zuständigen Fachausschuss. Auch die Durchführung einer Bürgerversammlung zu einem Zeitpunkt, in dem das Gutachten zur verkehrlichen Situation noch nicht vorliege, könne er nicht gut heißen. Die SPD-Fraktion gehe bis zur Grenze der Kompromissbereitschaft, in dem der Einleitung des Verfahrens zunächst zugestimmt werde.

Frau Bergmann-Gries begrüßte das Betreiberkonzept. Sie wies jedoch darauf hin, dass es sich um eine Pflegeeinrichtung handele, die in einer zentralen Lage errichtet werden soll.

Auf Nachfrage von Herrn Nonnen erläuterte der Bürgermeister, dem Rat stehe die Entscheidungskompetenz – auch ohne vorherige Beratung im Zentrumsausschuss – zu. Die Verwaltung habe erst in der Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration am 28.11.2012 über die Neuplanung Kenntnis erlangt.

Der Rat fasste folgenden Beschluss.

1. Der Rat der Stadt Sankt Augustin nimmt den Bericht über die erneut gem. § 3 Abs. 1 BauGB durchgeführte Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt, den vorliegenden Entwurf (*Stand 19.12.2012*) des Bebauungsplans Nr. 107/5 „Zentrum-Ost“ einschließlich der textlichen Festsetzungen, der Begründung und der relevanten Gutachten gem. § 3 Abs. 2 für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.“

Zu 1. und 2.: einstimmig bei 6 Enthaltungen

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich der Stimme enthalten.

Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss vom 20.11.2012

6.10	12/0370	Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 625/1 Niederpleis Mitte Teil B zwischen der Schulstraße, der Alten Schulstraße, der Paul-Gerhardt-Straße und der südlichen Grenze des Jakob-Fußhöller-Platzes; 1. Beschluss über die während der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit eingegangenen Stellungnahmen; 2. Auslegungsbeschluss	FD 6/10 Bericht bis 20.03.2013
-------------	----------------	--	---

Für die CDU-Fraktion teilte Herr Dziendziol mit, welche Punkte vor einer abschließenden Entscheidung zu klären sind. Die Mitteilung ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Rat fasste folgenden Beschluss.

- „1. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt, die während der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit eingegangenen Stellungnahmen nach eingehender Prüfung entsprechend den Erläuterungen zu den einzelnen Punkten zu berücksichtigen bzw. nicht zu berücksichtigen.
2. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt, gem. § 3 Abs. 2 BauGB die Beteiligung der Öffentlichkeit und § 4 Abs. 2 BauGB die Beteiligung der Behörden durchzuführen.“

Die genauen Grenzen des Geltungsbereichs sind dem Geltungsbereichsplan vom 13.12.2011 zu entnehmen.“

Zu 1. und 2.: einstimmig

Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration vom 28.11.2012

6.11	12/0259	Jahresbericht 2010 gem. § 3 des Frauenförderplanes	GL
-------------	----------------	---	-----------

Der Rat nahm den Bericht zur Kenntnis.

6.12	12/0288	Jahresbericht 2011 gem. § 3 des Frauenförderplanes	GL
-------------	----------------	---	-----------

Der Rat nahm den Bericht zur Kenntnis.

Rechnungsprüfungsausschuss vom 04.12.2012

6.13	12/0330/2	Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2010 sowie Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung des Bürgermeisters	RPA Bericht bis 20.03.2013
-------------	------------------	--	---

Als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses fasste Herr Diekmann die Beratung im Fachausschuss zusammen und verlas den Beschlussvorschlag. Er dankte dem Rechnungsprüfungsamt als Organ des Rates für die geleistete Arbeit.

Für die CDU-Fraktion wies Herr Schell auf die positive Entwicklung der Rechnungsprüfung hin. Die Qualität der Ausarbeitungen des Rechnungsprüfungsamtes lasse nichts zu wünschen übrig. Es hätten nur wenige Beanstandungen am Verwaltungshandeln vorgelegen. Er dankte ausdrücklich dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes, Herrn Fey, und dessen Mitarbeitern für die geleistete Arbeit.

Dem Dank an das Rechnungsprüfungsamt schlossen sich die übrigen Fraktionen an.

Der Rat fasste folgende Beschlüsse.

1. Der Rat stellt nach § 96 Abs. 1 GO NRW den geprüften Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2010 mit einer Bilanzsumme zum 31.12.2010 von 638.761.386,83 € und einem Jahresfehlbetrag von 8.314.680,27 € fest.
2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 8.314.680,27 € wird der Ausgleichsrücklage entnommen.
3. Der Bürgermeister wird nach § 96 Abs. 1 GO NRW für das Haushaltsjahr 2010 entlastet.

Zu 1. – 3.: einstimmig

Der Bürgermeister hat an der Beratung und Abstimmung zu 3. nicht teilgenommen

7	12/0419	Bekanntgabe von Haushaltsüberschreitungen gemäß § 83 GO NRW für den Zeitraum 01.01.2011 bis 31.12.2011, die im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten erforderlich wurden	FB 2
----------	----------------	--	-------------

Der Rat der Stadt Sankt Augustin nahm gemäß § 83 GO NRW nicht zahlungswirksame über- und außerplanmäßige Aufwendungen im Rahmen des Jahresabschlusses 2011 in Höhe von insgesamt 2.393.243,94 EUR sowie zahlungswirksame über- und außerplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 279.752,59 EUR und über- und außerplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von 689.188,55 EUR, die für den Zeitraum vom 01.01.2011 bis 31.12.2011 im Rahmen des Jahresabschlusses 2011 entstanden sind, zur Kenntnis.

8	12/0420	Einbringung des Entwurfs des Jahresabschlusses zum 31.12.2011	FB 2 Bericht bis 20.03.2013
----------	----------------	--	--

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin nimmt den von der Kämmerei aufgestellten und vom Bürgermeister bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 gem. § 95 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) zur Kenntnis und verweist ihn zur Prüfung gem. § 59 Abs. 3 GO NRW i. V. m. § 101 GO NRW an den Rechnungsprüfungsausschuss. Der Jahresabschluss ist der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügt. Das Ergebnis der Prüfung ist in einem Bestätigungsvermerk zusammenzufassen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.“

einstimmig

9	12/0423	Verabschiedung des Ortsvorstehers für den Stadtbezirk Sankt Augustin-Meindorf	BRB; FB 0 Bericht bis 20.03.2013
----------	----------------	--	---

Der Bürgermeister begrüßte den Ortsvorsteher, Herrn Schäfer. Er dankte ihm persönlich und im Namen des Rates für die von ihm geleistete Arbeit und die gute Zusammenarbeit.

Herr Schäfer richtete seinen Dank für die gute Zusammenarbeit an den Rat, den Bürgermeister, die Dezernenten und die Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

Der Rat fasste folgenden Beschluss.

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin spricht Herrn Heinz-Willi Schäfer für seine langjährige Tätigkeit als Ortsvorsteher für den Stadtteil Sankt Augustin-Meindorf Dank und Anerkennung aus.“

Der Ortsvorsteher für den Stadtbezirk Sankt Augustin-Meindorf, Herr Heinz-Willi Schäfer, wird mit Ablauf des 31.12.2012 aus seinem Amt verabschiedet.“

einstimmig

10	12/0417	Wahl des/der Ortsvorstehers/Ortsvorsteherin für den Stadtteil Sankt Augustin-Meindorf unter gleichzeitiger Ernennung zum/zur Ehrenbeamten/Ehrenbeamtin	FB 0; BRB Bericht bis 20.03.2013
-----------	----------------	---	---

Herr Knülle schlug für die SPD-Fraktion Herrn Peter Kespohl als neuen Ortsvorsteher für den Stadtteil Meindorf vor.

Anschließend stellte sich der designierte Ortsvorsteher, Herr Kespohl, kurz vor.

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin wählt unter Beachtung von § 39 Abs. 6 GO NRW in Verbindung mit § 12 der Hauptsatzung der Stadt Sankt Augustin mit Wirkung zum 01.01.2013 Herrn Peter Kespohl als Ortsvorsteher für den Stadtteil Sankt Augustin-Meindorf unter gleichzeitiger Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter.“

einstimmig

Herr Kespohl erklärte, dass er die Wahl annehme. Er freue sich auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister, dem Rat und der Verwaltung.

Der Bürgermeister und die Vorsitzenden aller Fraktionen wünschten dem neuen Ortsvorsteher viel Erfolg.

11	12/0413	Bekanntgabe der Dienstanweisung der Stadt Sankt Augustin über das Finanz- und Vergabewesen gem. § 31 der Verordnung über das Haushaltswesen der Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen	SD
----	---------	--	-----------

Der Rat nahm die Dienstanweisung der Stadt Sankt Augustin über das Finanz- und Vergabewesen gem. § 31 Abs. 1 der GemHVO zur Kenntnis.

12	12/0418	Stadtmarketingkonzept, städtisches Logo und Slogan	WBF
----	---------	---	------------

Der Bürgermeister begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Dr. Haensch von der CIMA Beratung + Management GmbH, der für Fragen der Ratsmitglieder zur Verfügung stand.

Herr Gleß gab eine kurze Einführung zu dem Stadtmarketingkonzept. Das Konzept sei von der Diskussion zu Logo und Slogan abzukoppeln. Die Arbeiten hätten zu Beginn des Jahres 2006 mit der Beschlussfassung des Rates zum Stadtentwicklungskonzept mit dem konkreten städtebaulichen Leitbild „WissensstadtPlus“ begonnen. Darüber hinaus seien ein neuer Flächennutzungsplan, ein neuer Verkehrsentwicklungsplan sowie ein Einzelhandels- und Zentrumskonzept und Ausgleichsflächenkonzept beschlossen worden. Er legte Wert auf die Feststellung, dass die diesbezüglichen Beschlüsse bislang fast immer einvernehmlich erfolgt sind.

Die Erstellung des jetzt vorliegenden Konzeptes stelle einen weiteren wichtigen Baustein für das Planungssystem der Stadt Sankt Augustin dar. Stadtmarketing und Stadtentwicklungsplanung seien nie endende Prozesse; eine ständige Bearbeitung sei erforderlich. Das Konzept sei ein Gemeinschaftsprojekt der Stadt und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft.

Er erläuterte die Ziele aus dem Konzept. Die Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt müsse gefördert werden. Die Stadt müsse sich zudem stärker nach außen profilieren, um u. a. den Zuwachs von Gewerbebetrieben und Bevölkerung zu erzielen.

Die Leistungsvorteile und Alleinstellungsmerkmale der Stadt seien im interkommunalen Wettbewerb herauszufiltern. Aus diesen Zielen seien Handlungsempfehlungen abzuleiten. Der gesamte Prozess orientiere sich an den zuvor erwähnten vorhandenen Planungskonzepten und sei im Kontext mit Experten, Bürgern und Schulen erfolgt.

Herr Gleß bedankte sich bei Herrn Dr. Haensch und Herrn Vogt (CIMA Beratung + Management GmbH / Firma Markenmut) für die fachliche Begleitung und Unterstützung bei der Durchführung vielfältiger Veranstaltungen. Ferner richtete er seinen Dank an die Mitglieder der Projektgruppe, Herrn Bastian (Stadtverwaltung, Dez. I / Wirtschaftsförderungsgesellschaft), Frau Harke (Wirtschaftsförderungsgesellschaft), Frau Hütténes (Stadtverwaltung, Dez. IV), Herrn Strauch / Frau Stocksiefen (Stadtverwaltung, Dez. I).

Der Rat fasste folgenden Beschluss.

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt den als Anlage beigefügten Abschlussbericht zum Stadtmarketingkonzept Sankt Augustin der Arbeitsgemeinschaft CIMA Beratung + Management GmbH und markenmut AG in der geänderten Fassung vom 28. November 2012.

Von der Beschlussfassung ausgenommen sind die Angaben bzw. die Vorschläge zum städtischen Logo und Slogan, die dem Rat der Stadt Sankt Augustin lediglich der Vollständigkeit halber zur Kenntnisnahme vorgelegt werden.“

einstimmig bei 1 Enthaltung

12.1.1	12/0435	Antrag zu TOP 12 der Ratssitzung am 19.12.2012 "Stadtmarketingkonzept, städtisches Logo und Slogan" (Drs.-Nr. 12/0418): Weiteres Vorgehen Stadtlogo / Stadt-Slogan	DEZ IV, WBF
		Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AUFBRUCH!	

Herr Metz stellte den bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 21.11.2012 eingebrachten Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AUFBRUCH! vor. Er bedauerte, dass zum weiteren Vorgehen kein Konsens zwischen allen Fraktionen gefunden wurde.

Das Marketingkonzept werde von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als gut bewertet, auch wenn in Teilbereichen eine andere Meinung vertreten wird. Er bedauere, dass kein zustimmungsfähiges Logo / Slogan gefunden wurde. Daher müsse nun der in dem Antrag dargestellte Weg eingeschlagen werden.

Für die CDU-Fraktion erklärte Herr Schell, dem Antrag nicht zuzustimmen. Er verwies dabei auf die bereits in der vorgenannten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vorgetragene Begründung. Ergänzend erläuterte er, ein solches Verfahren verzögere zudem den neuen Internetauftritt der Stadt. Dieser sei weitestgehend fertig gestellt. Derzeit erfolge in vielen Bereichen eine Pflege der bisherigen und der künftigen Homepage.

Herr Knülle hielt entgegen, bereits im Jahre 2006 habe die SPD-Fraktion Anträge zur Neugestaltung der städtischen Homepage gestellt. Die Gestaltung könne unabhängig von der Diskussion um Logo und Slogan erfolgen; dies könne auch zu einem späteren Zeitpunkt eingepflegt werden.

Dem schloss sich Herr Metz an. Stadtlogo und Stadtmarketing sei von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereits im Jahre 2008 beantragt worden. Die politische Initiative sei von seiner Fraktion ausgegangen. Es bestehe großes Interesse, dass der Prozess fortgeführt werde. Es habe bereits vor der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zwei Vorstellungen und Beratungen zu Logo und Slogan gegeben, in denen seitens der Politik eine eher ablehnende Haltung verkündet wurde. Es wäre somit noch ausreichend Zeit gewesen, bis zur heutigen Sitzung Logo und Slogan inhaltlich aufzugreifen. Dies sei nicht geschehen.

Herr Köhler schloss sich der Argumentation von Herrn Knülle und Herrn Metz an. Auf der neuen Homepage könne bewusst ein Platzhalter für ein neues Logo / Slogan eingebaut werden, verbunden mit der Aufforderung an die Bevölkerung, sich an dem Prozess zu beteiligen. Auch in den Schulen liege künstlerisches und gestalterisches Potenzial vor.

Der Bürgermeister ließ über den Antrag abstimmen.

Jastimmen 21

Neinstimmen 24

Enthaltungen 1 – damit ist der Antrag abgelehnt

Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AUFBRUCH haben mit „ja“ gestimmt.

13	12/0393	Verkaufsoffene Sonntage 2013	FB 1 Bericht bis 20.03.2013
-----------	----------------	-------------------------------------	--

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin trifft gemäß § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f GO NRW i.V.m. § 6 Abs. 1 und 4 LÖG NRW und § 27 OBG folgende Entscheidung:

Gemäß des § 6 Abs. 1 und 4 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungsgesetz – LÖG NRW) vom 16.11.2006 (GV.NRW 2006 S. 516) und § 27 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz – OBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.05.1980 (GV.NW 1980 S. 528), in den bei Erlass dieser Ordnungsbehördlichen Verordnung jeweils gültigen Fassungen wird von der Stadt Sankt Augustin als örtliche Ordnungsbehörde gemäß des Beschlusses des Rates vom 19.12.2012 folgende Ordnungsbehördliche Verordnung erlassen:

§ 1

Verkaufsstellen dürfen im Stadtbezirk Sankt Augustin-Hangelar an folgenden Sonntagen, jeweils in der Zeit von 13:00 bis 18:00 Uhr, geöffnet sein:

- Sonntag, 01.09.2013
- Sonntag, 08.12.2013

Verkaufsstellen dürfen im Stadtbezirk Sankt Augustin-Ort an folgenden Sonntagen, jeweils in der Zeit von 13:00 bis 18:00 Uhr, geöffnet sein:

- Sonntag, 17.03.2013
- Sonntag, 09.06.2013
- Sonntag, 03.11.2013
- Sonntag, 22.12.2013

Verkaufsstellen dürfen im Stadtbezirk Sankt Augustin-Menden an folgenden Sonntagen, jeweils in der Zeit von 13:00 bis 18:00 Uhr, geöffnet sein:

- Sonntag, 10.03.2013
- Sonntag, 25.08.2013

§ 2

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig im Rahmen des § 1 Verkaufsstellen außerhalb der dort zugelassenen Geschäftszeiten offen hält oder in diesen Geschäftszeiten andere als die zugelassenen Waren verkauft.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 13 Abs. 2 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten mit einer Geldbuße bis zu 500 € geahndet werden.

§ 3

Diese Verordnung tritt eine Woche nach dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.“

einstimmig

14	12/0141/1	Konzeption ruhender Verkehr; Bericht der Verwaltung	FB 1
-----------	------------------	--	-------------

Der Rat der Stadt Sankt Augustin nahm den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Kammel bat darum, die neu eingestellten Mitarbeiter auch mit der Durchsetzung des Umweltbußgeldkataloges zu beauftragen.

15	12/0422	Erweiterung der städtischen Kita 'Am Park' und Ausbau der Großtagespflegestelle Wehrfeldstraße 3g im Rahmen des u3-Ausbauprogramms des Bundes und des Landes; Zustimmung zur Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung	FB 5 Bericht bis 20.03.2013
-----------	----------------	--	--

- „1. Der Rat beschließt, bei dem Kostenträger 06-01-01 (Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen) für die Inv.-Nr. 05-0074 (u3-Ausbau Kita Am Park) eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 238.000,00 € sowie für die Inv.-Nr. 05-00082 (u3-Ausbau Großtagespflege Wehrfeldstraße 3g) eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 76.000,00 € (gesamt: 314.000,00 €) außerplanmäßig bereit zu stellen. Die Deckung erfolgt durch die in diesem Jahr nicht benötigten Verpflichtungsermächtigungen beim Produkt 12-01-01 (Straßen, Wege und Plätze) bei der Inv.-Nr. 07-00227 (Baumaßnahme „Am Bahnhof“, L 16).
2. Der Rat beschließt weiterhin, die entsprechende Mehrauszahlung im Finanzplan 2013 bereit zu stellen. Die Deckung erfolgt unter Anwendung des Erlasses des IM vom 29.08.2012 aus den Mitteln nach dem Belastungsausgleichsgesetz.“

einstimmig

16	12/0383	Bestellung eines beratenden Mitglieds, stellvertretend, für den Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung	FB 5; BRB Bericht bis 20.03.2013
-----------	----------------	--	---

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin beruft nach § 85 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG NRW) Herrn Gerd-Heinrich Bempohl als beratendes Mitglied, stellvertretend, in den Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung.“

einstimmig

17		Anträge der Fraktionen	
-----------	--	-------------------------------	--

17.1.1	12/0382	Minderung der Belastung der Bevölkerung durch Fluglärm vom Flughafen Köln/Bonn Fraktion Aufbruch	BNU, FB 1
---------------	----------------	--	------------------

Herr Köhler stellte den Antrag der Fraktion AUFBRUCH! vor. Es handele sich um die Bekräftigung eines bestehenden einstimmigen Ratsbeschlusses vom 05.10.2011.

Für die SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN signalisierten Herr Knülle und Herr Metz Zustimmung zu der Bestätigung des Ratsbeschlusses aus dem Jahr 2011.

Frau Jung sprach sich gegen eine nochmalige Beschlussfassung aus. Dem schloss sich Herr Schell für die CDU-Fraktion an. Der damalige Beschluss werde weiterhin als richtig angesehen. Auf Nachfrage teilte der Bürgermeister mit, dass nach den Landtagswahlen der Ratsbeschluss vom 05.10.2011 nicht erneut an die neue Landesregierung übersandt wurde. Er gehe davon aus, dass das Schreiben der Stadtverwaltung bei der neuen Landesregierung weiterhin Gültigkeit habe. Vor diesem Hintergrund hielt es Herr Schell grundsätzlich für nicht dienlich einen bestehenden Beschluss nochmals zu bestätigen.

Herr Metz vertrat die Auffassung, die Landesregierung habe bereits alles Mögliche unternommen, den Nachtflugbetrieb zu unterbinden. Adressat eines neuerlichen Beschlusses sollten die für die Region zuständigen Bundestagsabgeordneten, der zuständige Bundesminister und die Bundesregierung sein.

Herr Schell schlug vor, er werde die Bundestagsabgeordneten der CDU auf Kreisebene im Sinne des Ratsbeschlusses aus dem Jahre 2011 anschreiben. Er bat daher darum, den Antrag zurückzuziehen.

Herr Waldästl befürchtete eine negative öffentliche Wirkung, wenn der Antrag zurückgezogen oder abgelehnt wird. Dies könne suggerieren, der Rat stehe nicht mehr zu seinem damaligen Beschluss.

Frau Jung erklärte im Falle einer Abstimmung über den Antrag, dass sich die FDP-Fraktion an der Abstimmung nicht beteiligen werde.

Auf Antrag von Herrn Schell unterbrach der Bürgermeister für 10 Minuten die Sitzung.

Nach Wiedereintritt in die Sitzung erklärte Herr Schell, die CDU-Fraktion bleibe aus den bereits genannten Gründen bei ihrer ablehnenden Haltung zu dem Antrag. Die CDU-Fraktion werde die Bundestagsabgeordneten der CDU auf Kreisebene im Sinne des Ratsbeschlusses vom 05.10.2011 unmittelbar anschreiben.

Herr Köhler ergänzte den Antrag seiner Fraktion um folgenden Satz: „Der Rat der Stadt Sankt Augustin fordert zudem die für Sankt Augustin zuständigen Bundestagsabgeordneten auf ihren Einfluss im Sinne des Antrages geltend zu machen.“

Frau Jung widersprach einer solchen Formulierung. Es müsse auf die bestehende Beschlusslage hingewiesen werden.

Anschließend ließ der Bürgermeister über den Antrag mit der von Herrn Köhler vorgebrachten Ergänzung abstimmen.

Jastimmen 21

Neinstimmen 24

Enthaltungen 1 – damit ist der Antrag abgelehnt

Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AUFBRUCH! haben mit „ja“ gestimmt.

Her Knülle stellte fest, dass sich die FDP-Fraktion entgegen ihrer Ankündigung an der Abstimmung beteiligt hat.

Herr Waldästl vertrat die Auffassung, die Stimme des Bürgermeisters sei bei der Abstimmung entscheidend gewesen.

Der Bürgermeister erklärte, auch er stimme gegen den Antrag, da sich ihm die Sinnhaftigkeit nicht erschließe. Im Rat habe keine Einigkeit bestanden, ob ein Schreiben an die Landes- oder Bundesregierung gerichtet werden solle.

Er habe den Eindruck, die Diskussion und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt resultiere aus der Annahme, die Fraktion AUFBRUCH wolle sich den auf Grundlage einer Verwaltungsvorlage in Abstimmung mit allen Fraktionen erfolgten damaligen Beschluss allein zum Nutzen machen.

17.1.2	12/0425	Umbesetzung eines Ausschusses Fraktion Aufbruch	Dez. IV; BRB Bericht bis 20.03.2013
---------------	----------------	--	--

„Der Rat beschließt folgende Ausschussumbesetzung:

Zentrumsausschuss: Streiche Stellvertreter Björn Kuhnke, setze Frank Dahlhaus“

einstimmig

17.1.3	12/0434	Dringlichkeitsantrag gemäß § 11 Absatz 2 Geschäftsordnung: Verlängerung der S 13 muss kommen! Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	FB 1; FD 6/10 Bericht bis 20.03.2013
---------------	----------------	---	---

Herr Metz stellte den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.

Herr Schell schlug für die CDU-Fraktion vor, den zu fassenden Beschluss allen zuständigen Instanzen und Gremien, also auch dem Land, zur Kenntnis zu geben. Herr Metz erläuterte hierzu, Landesbehörden hätten den inzwischen abgeschlossenen Planungsprozess betrieben. Das Land habe seine Hausaufgaben bereits erfüllt. Dennoch könne er dem Vorschlag zustimmen.

Für die SPD-Fraktion signalisierte Herr Diekmann Zustimmung zu dem Antrag.

Frau Jung erklärte für die FDP-Fraktion, dass es ein interfraktionelles Interesse an dem Projekt gebe. Dem Antrag werde zugestimmt.

Alle Fraktionen traten dem Antrag bei.

Der Rat fasste folgenden Beschluss.

„Die Verlängerung der S 13 von Troisdorf über Sankt Augustin ins rechtsrheinische Bonn ist ein für die Stadt Sankt Augustin elementar wichtiges Infrastrukturprojekt. Es bedeutet eine deutliche verbesserte Anbindung nach Köln und Bonn sowie endlich wirksamen Lärmschutz. Der Rat der Stadt Sankt Augustin fordert die Deutsche Bahn AG

auf, ein klares Bekenntnis für eine zeitnahe Realisierung der verlängerten S 13 abzugeben. Bundesregierung und Bundestag werden aufgefordert, die notwendigen Mittel bereitzustellen und bei der staatlichen Deutschen Bahn AG auf eine zeitnahe Realisierung der S 13 hinzuwirken, auch um die Verpflichtung des Bundes aus dem Bonn-Berlin-Ausgleich zu erfüllen. Der Bürgermeister wird gebeten, der Deutschen Bahn AG, der Bundesregierung sowie den Bundestagsabgeordneten der Region und dem Land diese Beschlussfassung mitzuteilen und weiter auf eine Realisierung der S 13 hinzuwirken.“

einstimmig

18		Anfragen und Mitteilungen	
-----------	--	----------------------------------	--

18.1		Anfragen	Dez. III, RD
-------------	--	-----------------	---------------------

Anfrage der Fraktion AUFBRUCH! zum Dienstwagen des Beigeordneten, Herr Lübken (Drucksachen-Nr. 12/0303)

Die Fraktion AUFBRUCH! beklagte die unzureichende schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Auf Nachfrage von Herrn Köhler teilte der Bürgermeister mit, dass der Aufsichtsrat der Energieversorgungsgesellschaft zu entscheiden habe, ob weitere Daten an den Rat weitergegeben werden dürfen.

Herr Knülle bemängelte, dass die Verwaltung die Fragen nicht an die Energieversorgungsgesellschaft zur Beantwortung weitergeleitet hat. Über die abgestimmten Antworten hätte anschließend eine Information erfolgen können. Auf seine Nachfrage teilte Frau Gläß mit, je nach Fallgestaltung bestehe auch das Recht eines einzelnen Aufsichtsratsmitgliedes auf Akteneinsicht. Für den vorliegenden Fall werde ihm noch eine Mitteilung übersandt.

18.1.1	12/0414	Nutzung des Ratsinformationssystems	
		SPD-Fraktion	

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

18.1.2	12/0427	Haushalt 2012/13	
		SPD Fraktion	

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

18.1.3	12/0428	Entwicklung der Ein- und Auspendler in Sankt Augustin	
		SPD Fraktion	

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

18.1.4	12/0430	Städtische Ferienmaßnahmen / Spielaktionen / Spielwagen August SPD-Fraktion	
---------------	----------------	--	--

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

18.1.5	12/0433	Anfrage zu TOP 6.9 der Ratssitzung vom 19.12.2012 'Bebauungsplan Nr. 107/5 'Zentrum-Ost': Gesamtsicht der Planungen zur Verkehrserschließung des ehemaligen Tacke-Geländes und des Neubaus HUMA-Einkaufspark. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
---------------	----------------	---	--

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

18.2		Mitteilungen	FB 1, FB 2, FB 3
-------------	--	---------------------	-------------------------

Sporthalle an der Realschule / Gesamtschule Menden

Der Bürgermeister teilte mit, dass die Sporthalle wegen eines möglichen Schadens an der Deckenkonstruktion gesperrt werden musste. In den nächsten Tagen werde eine Überprüfung erfolgen. Die Fraktionen werden über das Ergebnis informiert.

Tierheim in Troisdorf

Der Bürgermeister informierte, der Rat der Stadt Troisdorf habe bereits den Mehrausgaben für das Tierheim zugestimmt. Die Umlage werde sich künftig auf ca. 0,80 €/Einwohner belaufen. Im Rahmen der Kollegenkonferenz der Hauptverwaltungsbeamten am 08.01.2013 werde die Angelegenheit thematisiert. Es sei davon auszugehen, dass die Kosten erheblich höher ausfallen, wenn die Abwicklung für das Stadtgebiet Sankt Augustin nicht – wie bisher – über das Tierheim Troisdorf erfolgt. Künftig habe die Stadt bei den Angelegenheiten des Tierheims ein Mitspracherecht.

Kreishaushalt

Herr Rupp berichtete über die Aktivitäten der Verwaltung im Hinblick auf die Benennungsherstellung zur Kreisumlage nach der Kreisordnung. Die Kreisverwaltung habe am 05.11.2012 ein Eckpunktepapier übersandt. Die Umlagesätze sollen für das Jahr 2013 um 0,81 % und für das Jahr 2014 um 0,95 % sinken. Die Kommunen müssen jedoch insgesamt eine höhere Kreisumlage aufwenden. Im Wesentlichen sind zwei Kritikpunkte im Kreishaushalt zu beklagen:

- Es sind Personalkostensteigerungen im Jahr 2013 in Höhe von 9,5 Mio. € und im Jahr 2014 in Höhe von 5,8 Mio. € vorgesehen. Darin enthalten sind auch Aufwendungen für Personalmehrungen (40 neue Stellen bzw. Nachbesetzungen). Eine sachliche Begründung hierzu liegt noch nicht vor, insbesondere keine Aussagen, ob die erforderliche Überprüfung hinsichtlich der Notwendigkeit dieser Stellen erfolgt ist.
- Die Umlagegrundlage für die Folgejahre 2014 – 2017 wurde mit 2,5 % hochgerechnet. Nach den Berechnungen der Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises, die auf Grundlage der Orientierungsdaten des Innenministers zusammengestellt wurden, wurde die Umlagegrundlage für das Jahr 2014 mit 5,25 % und ab dem Jahr 2015 mit 4,5 % hochgerechnet. Im Umkehrschluss bedeutet dies, der Kreis rechne mit einer geringeren Kreisumlage als die kreisangehörigen Kommunen in ihren Haushalten berücksichtigen müssen. Diese Schieflage müsse beseitigt werden.

Die Kämmerer der Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis haben dem Landrat am 28.11.2012 eine gemeinsam verfasste Stellungnahme übersandt. Im Rahmen der Benehmensherstellung werde gefordert, die Umlagegrundlagen für die Zeit ab 2014 deutlich günstiger hochzurechnen und bei der Neu-/Wiederbesetzung von Stellen die gleichen Kriterien anzuwenden wie Kommunen im Haushaltssicherungskonzept. Eine Reaktion des Landrates hierzu liegt noch nicht vor.

Er bat die Vertreter des Rates im Kreistag, die vorgenannten Punkte bei den anstehenden Beratungen des Kreishaushaltes kritisch zu hinterfragen.

Herr Metz erläuterte aus seinen Erkenntnissen als Mitglied des Personalausschusses des Kreistages, die Stellenmehrungen seien dort detailliert begründet worden.

Teilnahme einer Delegation aus Israel am Karneval in Sankt Augustin

Der Bürgermeister berichtete, die Partnerstadt in Israel habe dem Ansinnen von Frau Riefers Rechnung getragen; zu den Karnevalstagen werde eine Delegation der Partnerstadt und der Stadt Abu-Gosh in Sankt Augustin sein.

Protokollnotiz

Diese Mitteilung erfolgte versehentlich erst im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.